Huml und Hebammenverband setzen sich weiter gemeinsam für flächendeckende Versorgung mit Hebammen ein – Treffen von Bayerns Gesundheitsministerin und der BHLV-Vorsitzenden Giesen in München

16. Mai 2018

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml und die 1. Vorsitzende des Bayerischen Hebammen Landesverbands (BHLV), Astrid Giesen, werden sich verstärkt für eine flächendeckende Versorgung mit Hebammen im Freistaat einsetzen. Das vereinbarten Huml und Giesen bei einem Treffen in München. Huml betonte am Mittwoch: „Die Hebammen leisten vor, während und nach der Geburt Großartiges für die Familien und tragen eine enorme Verantwortung. Bayern wird sich auch weiterhin für die Stärkung des für die Gesellschaft unverzichtbaren Berufs der Hebamme einsetzen."

Huml fügte hinzu: „Mein Ziel ist, auch in Zukunft in Bayern eine flächendeckende Versorgung mit Hebammen und den Erhalt der Geburtshilfe durch freiberuflich tätige Hebammen sicherzustellen. Dabei ist es mir ein besonderes Anliegen, mit den Hebammen selbst in regelmäßigem Kontakt zu stehen, um sich über unsere Maßnahmen und künftigen Projekte auszutauschen."

Die BHLV-Vorsitzende Giesen unterstrich: „Die Bayerische Staatsregierung unterstützt die Hebammen mit dem Förderprogramm Geburtshilfe und dem Hebammenbonus. Den Worten folgen damit auch Taten. Das freut uns. Wir wünschen uns jedoch sehr, dass noch mehr die Ursachen der Unterversorgung der Frauen mit Hebammenhilfe vor allem in der Geburtshilfe behoben werden. Soziale Arbeit soll in Deutschland die gleiche Wertigkeit erfahren wie die produktive Tätigkeit in der Wirtschaft. Dann brauchen wir keine zusätzliche Unterstützung von Seiten der Regierung mehr."

Bei dem Treffen, das am Dienstagnachmittag in München stattfand und an dem auch die 2. Vorsitzende des BHLV, Susanne Weyherter, teilnahm, standen die aktuellen Initiativen des bayerischen Gesundheitsministeriums zum Erhalt der flächendeckenden Versorgung mit Hebammenleistungen im Vordergrund. Dazu gehören das neue „Zukunftsprogramm Geburtshilfe" und der künftige Hebammenbonus. Thema war zudem die Hebammenstudie, die demnächst fertig gestellt wird.

Huml erläuterte: „Im Rahmen unseres neuen Förderprogramms bekommen Landkreise und kreisfreie Städte noch im Laufe des Jahres 2018 für jedes neugeborene Kind eine Förderung von bis zu 40 Euro. Dieses Geld können sie dann für geeignete Maßnahmen zur Verbesserung und Stärkung der Hebammenversorgung in Geburtshilfe und Wochenbettbetreuung einsetzen."

Die Ministerin ergänzte: „Mit dem neuen Bayerischen Hebammenbonus in Höhe von jährlich 1.000 Euro wollen wir die in der Geburtshilfe tätigen freiberuflichen Hebammen bei ihrer wichtigen Arbeit unterstützen. Ziel ist es, die Tätigkeit in der Geburtshilfe attraktiver zu machen, wieder mehr Hebammen für die Geburtshilfe zu gewinnen und zudem einen Anreiz für den Verbleib in der Geburtshilfe zu schaffen. Die Prämie soll erstmals im Herbst 2018 an alle im Jahr 2017 freiberuflich in der Geburtshilfe in Bayern tätigen Hebammen ausgezahlt werden."

Ein weiteres Thema des Treffens war die Akademisierung der Hebammenausbildung. Huml erläuterte: „Die Weiterentwicklung der Hebammenausbildung liegt mir sehr am Herzen. Die Arbeit der Hebammen hat sich in den vergangenen Jahren stark gewandelt: Die Versorgungsaufgaben sind infolge des medizinischen Fortschritts immer komplexer geworden. Nicht zuletzt deshalb und aufgrund der selbstständigen Tätigkeit der Hebammen halte ich das Angebot einer hochschulischen Hebammenausbildung für dringend erforderlich. Dazu sollten in Bayern möglichst frühzeitig entsprechende Studiengänge angeboten werden. Hier stehe ich auch mit dem zuständigen Wissenschaftsministerium in engem Kontakt."

Die Ministerin fügte hinzu: „Das Verfahren zur Novellierung des Hebammengesetzes mit dem Ziel einer Weiterentwicklung der Hebammenausbildung wurde vom Bundesgesundheitsministerium bereits eingeleitet. Bayern wird dieses Verfahren intensiv begleiten."

Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers